

09. Fragestunde - Beantwortung Frage GR.in Reininghaus: Menschenrechtsstadt Graz setzt ein Zeichen gegen Gewalt und Unterdrückung von Frauen im Iran

Am 4. Oktober hat sich der Menschenrechtsbeirat mit der Situation im Iran befasst und am 7. Oktober eine Stellungnahme dazu veröffentlicht. Darin wurden im Gleichklang zu vielen anderen Solidaritätsinitiativen rund um den Globus die Menschenrechtsverletzungen insbesondere im Zusammenhang mit dem brutalen Vollzug religiös argumentierter Vorschriften auf das Schärfste verurteilt und die Abschaffung der Sitten- und Religionspolizei sowie die Aufhebung der Verhüllungsgebote gefordert. Im entsprechenden Bericht auf der Homepage der Stadt graz.at vom 10.10. heißt es dazu:

„Ihre Solidarität für alle Iraner:innen, die gegen den brutalen Vollzug der religiösen Vorschriften demonstrieren, betont auch die Grazer Bürgermeisterin.“ In den folgenden Tagen erfolgten Berichte in der Kleinen Zeitung und im ORF.

Am 25.10. reagierte das Außenministerium auf die Note des MRB und versicherte, alle möglichen Schritte auf diplomatischer Eben zu unternehmen, um auf die Einhaltung der Menschenrechte im Iran zu pochen. Minister Alexander Schallenberg habe dies in mehreren Gesprächen gegenüber dem iranischen Botschafter deutlich gemacht, in der 51. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates habe Österreich die Aufklärung der Vorfälle um den Tod Masha Aminis gefordert und ein Statement zur Situation von Frauen und Mädchen im Iran unterstützt.

Am 5.11. fand eine Menschenkette zwischen Eisernem Tor und Hauptplatz statt, an der Kollegin Vzbgm.in Judith Schwentner teilnahm.

Insofern danke ich den Neos, für welche ja auch Frau GR.in Reininghaus im Menschenrechtsbeirat sitzt, für die Thematisierung. Gerne nehme ich den Vorschlag auf, anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ am 25.11. erneut und mit Nachdruck namens der Menschenrechtsstadt Graz ein klares Zeichen der Solidarität mit iranischen Frauen und Mädchen zu setzen. An einem nach außen sichtbaren Zeichen wird gearbeitet und die Information bzw. die Einladung dazu wird selbstverständlich auch an die Mandatar*innen ergehen.